Antrag A08: Einen solidarischen Weg gehen: Nahostfachgespräche im Landesverband etablieren, Dialog- und Begegnungsformate sowie friedenspolitische Kräfte im Land Brandenburg stärken, jüdisches und palästinensisches Leben in Brandenburg schützen und stärken

Antragsteller*in:	Patricia Usée (Sie · KV Oberhavel), Stefan Wollenberg (Er · KV Potsdam), Sibylle Wallat-Schwarz (Sie · KV Havelland), Julia Wollenberg (Sie · KV Oder-Spree), Rolf Niebel-Dietrich (Er · KV Oberhavel)
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Linke Brandenburg bekennt sich zum Beschluss des Bundesparteitags vom 19. Juni 2026 *Für gleiche Rechte im Nahen Osten / Westasien – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus*und nimmt sich der Verantwortung an, diesen Beschluss in Aufgaben, die für den Landesverband sowie das Land Brandenburg relevant sind, zu übersetzen und in die Umsetzung dieser Aufgaben zu kommen.

Aus dem Beschluss ergeben sich insbesondere folgende Aufgaben:

- Die Linke Brandenburg initiiert eine strukturierte innerparteiliche Debatte zu Israel und Palästina. In Anlehnung an die Nahost-Fachgespräche der Bundespartei soll ein ähnliches Angebot im Landesverband etabliert werden. Hierfür wird der Landesvorstand beauftragt, innerhalb von sechs Monaten ein Konzept für regelmäßig Nahostgespräche im Landesverband zu entwickeln sowie erste Veranstaltungen durchzuführen.
- Die Nahostfachgespräche sollen auf Grundlage transparenter Gesprächsregeln und Vereinbarungen zum respektvollenn Umgang mit verschiedenen Positionen sowie eines Handlungsrahmens zur Prävention von Diskriminierung, Ausgrenzung und Übergriffen stattfinden. Antisemitismus, antimuslimischer und antipalästinensischer Rassismus sowie andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben darin keinen Platz.
- Im Rahmen dieses Gesprächs-, Debatten-, und Bildungsangebots wird die Landespartei über geeignete Veranstaltungsformate zur gesellschaftlichen Aufklärung über die aktuelle Situation in Israel und Palästina sowie ihre komplexe und konfliktreiche historische

Entwicklung beraten.

- Bei der Konzeption und Durchführung von Gesprächs- und Begegnungsformaten sollen jüdische und palästinensische Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen aus Brandenburg aktiv einbezogen werden.
- Jüdisches und palästinensisches Leben in seiner Vielfalt in Brandenburg schützen, fördern und stärken! Wir stehen konsequent auf gegen jede Form von Diskriminierung und setzen uns für die Stärkung der Beziehungen zu den vielfältigen jüdischen Verbänden und Akteur*innen und ebenso für Dialogprojekte und die Stärkung von politischen und kulturellen Initiativen der palästinensischen Community in Brandenburg ein. So wollen wir ihre Stimmen im öffentlichen Diskurs und im Alltag stärken!
- Wir beteiligen uns als Landesverband an Demonstrationen für den Frieden, gegen Antisemitismus und Rassismus und für das Selbstbestimmungsrecht von Jüdinnen und Juden sowie Palästinenserinnen und Palästinensern in Israel und Palästina.Der Landesverband unterstützt die Vernetzung friedenspolitischer, antirassistischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen in Brandenburg, die sich für Menschenrechte, Gewaltfreiheit, gleiche Rechte und einen gerechten Frieden einsetzen. Er prüft die Möglichkeiten gemeinsamer Veranstaltungen, Bildungsangebote und öffentlichkeitswirksamer Aktionen.
- Der Landesvorstand trägt die Verantwortung für die Koordination und Umsetzung dieses Beschlusses und berichtet dem nächsten Landesparteitag über den Stand der Umsetzung.

Begründung

Der Beschluss *Für gleiche Rechte im Nahen Osten / Westasien – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus* hält Positionen, Forderungen und Aufgaben fest, bei denen wir uns als Partei einig sind. Die darin definierten Aufgaben geben konkrete Ansatzpunkte für unsere Arbeit als Landespartei vor.

Der Bundesparteitagsbeschluss betont, dass die Sicherheit, Selbstbestimmung und Würde von Israelis und Palästinenser:innen gleichermaßen von Bedeutung sind. Daraus folgt für uns eine doppelte Verantwortung: Wir müssen Antisemitismus entschieden entgegentreten, jüdisches Leben schützen und jüdische Selbstbestimmung verteidigen. Zugleich müssen wir die Rechte, die Sicherheit und die Selbstbestimmung der Palästinenser:innen schützen und uns gegen anti-palästinensischen und

antimuslimischen Rassismus stellen. Beides gehört untrennbar zusammen.

Der Beschluss macht deutlich, dass die Auseinandersetzung mit Israel und Palästina unterschiedliche historische, politische und persönliche Perspektiven berührt und auch innerhalb unserer Partei kontrovers geführt wird. Umso wichtiger ist es, diese Debatten strukturiert und solidarisch zu führen. Unterschiedliche Positionen müssen diskutiert werden können, ohne dass Menschen diffamiert, eingeschüchtert oder pauschal delegitimiert werden. Gleichzeitig braucht es eine klare Haltung gegen antisemitische und rassistische Positionen sowie gegen die Relativierung oder Rechtfertigung von Gewalt. Die Einhaltung des Völkerrechts und der Schutz der Zivilbevölkerung sind für uns nicht verhandelbar.

Wir gehen auch schwierige Auseinandersetzungen offensiv an. Dafür braucht es Räume für politische Verständigung, gegenseitiges Zuhören und fundierte Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart Israels und Palästinas. Die Erfahrungen der bundesweiten Nahost-Fachgespräche bieten dafür einen wichtigen Ansatzpunkt. Ein vergleichbares Format im Landesverband Brandenburg kann dazu beitragen, innerparteiliche Diskussionen zu versachlichen, Wissen zu vertiefen und eine gemeinsame Grundlage für unsere politische Arbeit zu schaffen.

Unsere Verantwortung endet dabei selbstverständlich nicht an den Grenzen der Partei. Antisemitismus, anti-palästinensischer und antimuslimischer Rassismus sowie die gesellschaftliche Polarisierung rund um den Krieg im Nahen Osten erfordern politische Bildungsarbeit, Dialog und Begegnung. Wir wollen deshalb jüdisches und palästinensisches Leben in Brandenburg in seiner Vielfalt sichtbar machen, die Zusammenarbeit mit jüdischen Verbänden und palästinensischen Akteur:innen stärken und Initiativen unterstützen, die Verständigung und gegenseitige Anerkennung fördern. Jüdinnen und Juden sowie Palästinenser:innen müssen als Menschen mit eigenen Erfahrungen, Perspektiven und Rechten wahrgenommen werden, statt pauschal für das Handeln politischer oder militärischer Akteure verantwortlich gemacht zu werden.

Schließlich bekräftigt der Bundesparteitagsbeschluss die Bedeutung friedenspolitischen Engagements und der Solidarität mit zivilgesellschaftlichen, linken und gewaltfreien Kräften in Israel und Palästina. Als Landesverband wollen wir deshalb friedenspolitische Initiativen in Brandenburg stärken und uns an Demonstrationen und anderen Aktivitäten beteiligen, die sich gegen Antisemitismus und Rassismus, für Frieden und für das Selbstbestimmungsrecht von Jüdinnen und Juden sowie Palästinenser:innen einsetzen.

Mit diesem Antrag wollen wir die im Bundesparteitagsbeschluss formulierten Grundsätze in konkrete Aufgaben für unseren Landesverband übersetzen. Wir schaffen damit Voraussetzungen für eine solidarische Debattenkultur, stärken jüdisches und palästinensisches Leben in Brandenburg und leisten einen Beitrag zu einer politischen

Kultur, die sich an gleichen Rechten, Menschenwürde und einem gerechten Frieden orientiert.